



Niederschrift

Finanzausschuss

19. Wahlperiode - 124. Sitzung

am Donnerstag, dem 13. Januar 2022, 10 Uhr,
im Plenarsaal des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Stefan Weber (SPD) Vorsitzender
Wolf Rüdiger Fehrs (CDU)
Tobias Koch (CDU)
Volker Nielsen (CDU)
Ole-Christopher Plambeck (CDU)
Birgit Herdejürgen (SPD)
Beate Raudies (SPD)
Joschka Knuth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Oliver Kumbartzky (FDP) i. V. v. Annabell Krämer
Lars Harms (SSW)

Dem Ausschuss zugewiesener Abgeordneter

Jörg Nobis (Zusammenschluss AfD)

Fehlende Abgeordnete

Lasse Petersdotter (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Mittelumwidmung Innenstadtprogramm	5
Vorlage des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration und Gleichstellung Umdruck 19/6947	
2. Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“	6
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3062	
3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Landesverwaltungsgesetzes	7
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3427	
4. Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung eines ausreichenden Abstandes der Alimentation zur sozialen Grundsicherung und zur amtsangemessenen Alimentation von Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 19/3428	
5. Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2021 bis 2025 Fortschreibung der Finanzplanung bis 2030	9
Bericht der Landesregierung Drucksache 19/3359	
6. Seniorinnen und Senioren von Bürokratie entlasten: Verzicht auf Einkommensteuererklärungen durch Einführung eines Amtsveranlagungsverfahrens	10
Antrag der Fraktion der SPD Drucksachen 19/734	
Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung von Bürokratie entlasten	10
Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP Drucksache 19/791	
7. Information/Kennntnisnahme	
Umdruck 19/6887 - Corona-Landesprogramme	
Umdruck 19/6893 - Kurzfilm nachhaltige Beschaffung	
Umdruck 19/6904 - Beschaffung von Antigen-Selbsttests	
Umdruck 19/6927 - Bildungszentrum der Steuerverwaltung in Malente	
Umdruck 19/6930 - Abfluss Coronamittel	
Umdruck 19/6941 - Eingliederungshilfe	
Umdruck 19/6958 - Homeoffice vertraulicher	

	Umdruck 19/6739 - Landesbürgschaften	
	vertraulicher Umdruck 19/6959 - Verlängerung E-KoV Projektsicherung	11
8.	Verschiedenes	12

Der Vorsitzende, Abg. Weber, eröffnet die Sitzung um 10:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Einstimmig beschließt der Ausschuss, [Umdruck 19/6959](#) (E-KoV Projektsicherung) im Sinne des § 17 Absatz 2 der Geschäftsordnung vertraulich zu behandeln und die Inhalte geheim zu halten.

1. Mittelumwidmung Innenstadtprogramm

Vorlage des Ministeriums für Inneres, ländliche Räume, Integration
und Gleichstellung
[Umdruck 19/6947](#)

Herr Dr. Krüger, Referatsleiter im Innenministerium, führt in die Vorlage ein. Nach der Mittelumwidmung stünden für das Innenstadtprogramm insgesamt 12,5 Millionen € zur Verfügung.

Einstimmig erteilt der Finanzausschuss die erbetene Zustimmung.

Auf eine Frage von Abg. Raudies sagt Finanzministerin Heinold zu, dem Finanzausschuss nähere Informationen zu den Kosten des LEVO-Parks zuzuleiten.

2. Landesstrategie „Bildung für nachhaltige Entwicklung“

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3062](#)

(überwiesen am 27. August 2021 an den **Umwelt-, Agrar- und Digitalisierungsausschuss**, den Innen- und Rechtsausschuss, Finanzausschuss, den Bildungsausschuss, den Sozialausschuss, den Wirtschaftsausschuss und den Europaausschuss zur abschließenden Beratung)

hierzu: [Umdrucke 19/6340](#), [19/6392](#), [19/6398](#), [19/6399](#), [19/6477](#),
[19/6490](#), [19/6493](#), [19/6499](#), [19/6517](#), [19/6518](#),
(neu), [19/6522](#), [19/6524](#), [19/6526](#), [19/6528](#),
[19/6532](#), [19/6536](#), [19/6537](#), [19/6538](#), [19/6540](#),
[19/6543](#), [19/6546](#), [19/6547](#), [19/6548](#), [19/6549](#),
[19/6556](#), [19/6557](#), [19/6568](#), [19/6653](#), [19/6717](#)

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht abschließend zur Kenntnis.

3. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Investitionsbankgesetzes und des Landesverwaltungsgesetzes

Gesetzentwurf der Landesregierung

[Drucksache 19/3427](#)

(überwiesen am 16. Dezember 2021)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, bis zum 23. Februar 2022 schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Die Fraktionen werden gebeten, bis zum 18. Januar 2022 Anzuhörende zu benennen.

4. Entwurf eines Gesetzes zur Gewährleistung eines ausreichenden Abstandes der Alimentation zur sozialen Grundsicherung und zur amtsangemessenen Alimentation von Beamtinnen und Beamten mit mehr als zwei Kindern

Gesetzentwurf der Landesregierung
[Drucksache 19/3428](#)

(überwiesen am 16. Dezember 2021)

Einstimmig beschließt der Finanzausschuss, bis zum 23. Februar 2022 schriftliche Stellungnahmen einzuholen (die Fraktionen werden gebeten, bis zum 18. Januar 2022 Anzuhörende zu benennen), und bittet den Wissenschaftlichen Dienst, zur Verfassungsmäßigkeit des Gesetzentwurfs Stellung zu nehmen. Der Gesetzentwurf soll Anfang März 2022 im Finanzausschuss beraten und in der März-Tagung des Landtags in zweiter Lesung behandelt werden.

Auf Fragen von Abg. Harms und Raudies teilt Ministerin Heinold mit, der Gesetzentwurf zur Corona-Sonderzahlung ([Drucksache 19/3557](#)) solle in der Januar-Tagung des Landtags in erster und zweiter Lesung behandelt werden. Der Gesetzentwurf [Drucksache 19/3428](#) sollte spätestens in der März-Tagung verabschiedet werden, damit die Landesregierung dem Landtag noch in dieser Wahlperiode (April-Tagung) den Gesetzentwurf zur Übernahme des Tarifabschlusses für den öffentlichen Dienst auf die Beamtinnen und Beamten vorlegen könne. Der Gesetzentwurf zur Übernahme des Tarifabschlusses, der zum 1. Dezember 2022 wirksam werde, müsste zwar nicht in der laufenden Legislaturperiode beschlossen werden, die Gewerkschaften hätten allerdings ein hohes Interesse daran.

5. **Finanzplan des Landes Schleswig-Holstein 2021 bis 2025 Fortschreibung der Finanzplanung bis 2030**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 19/3359](#)

(überwiesen am 15. Dezember 2021 zur abschließenden Beratung)

Ministerin Heinold kündigt eine Vorlage zum Haushaltsabschluss 2021 zur nächsten Sitzung an. Man habe eine Summe von 50 Millionen € in eine Rücklage überführt, um coronabedingte Mehrausgaben zu finanzieren. Über die Verwendung der Mittel werde man den Finanzausschuss laufend informieren. Davon habe man bereits 4 Millionen € für die Beschaffung von Coronatests in Kindertagesstätten und Schulen ausgegeben.

Rechnungshofpräsidentin Dr. Schäfer wiederholt die Kritik des Rechnungshofs, dass es sich bei der Rücklagenzuführung nicht um „echte Haushaltsüberschüsse“ handle, sondern um kreditfinanzierte Gelder. Die positive Entwicklung der Wirtschaft und der Steuereinnahmen sollte dafür genutzt werden, die Coronakredite so wenig wie möglich in Anspruch zu nehmen.

Abg. Harms und Raudies entgegnen, dass die Regierung die in Rede stehenden Gelder mit Rückendeckung des Parlaments zur Bekämpfung der Coronapandemie und ihrer Folgen ausgeben.

Der Finanzausschuss nimmt den Bericht [Drucksache 19/3359](#) abschließend zur Kenntnis.

6. Seniorinnen und Senioren von Bürokratie entlasten: Verzicht auf Einkommensteuererklärungen durch Einführung eines Amtsveranlagungsverfahrens

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksachen 19/734](#)

Bürgerinnen und Bürger sowie Verwaltung von Bürokratie entlasten

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen, FDP

[Drucksache 19/791](#)

(überwiesen am 14. Juni 2018)

hierzu: [Umdrucke 19/1396](#), [19/2532](#), [19/3451](#), [19/6386](#)

Abg. Raudies und Plambeck bekräftigen das gemeinsame Ziel, Steuererklärungen zu vereinfachen, und ziehen ihre Anträge, [Drucksachen 19/734](#) und 19/791, zurück.

7. Information/Kenntnisnahme

[Umdruck 19/6887](#) - Corona-Landesprogramme

[Umdruck 19/6893](#) - Kurzfilm nachhaltige Beschaffung

[Umdruck 19/6904](#) - Beschaffung von Antigen-Selbsttests

[Umdruck 19/6927](#) - Bildungszentrum der Steuerverwaltung in Malente

[Umdruck 19/6930](#) - Abfluss Coronamittel

[Umdruck 19/6941](#) - Eingliederungshilfe

[Umdruck 19/6958](#) - Homeoffice

vertraulicher [Umdruck 19/6739](#) - Landesbürgschaften

vertraulicher [Umdruck 19/6959](#) - Verlängerung E-KoV Projektsicherung

Abg. Raudies wundert sich, dass die öffentliche Verwaltung durch einen Kurzfilm für das Thema nachhaltige Beschaffung sensibilisiert werden müsse ([Umdruck 19/6893](#)).

Auf eine Frage von Abg. Raudies zu [Umdruck 19/6904](#) (Beschaffung von Antigen-Selbsttests) antwortet Finanzstaatssekretärin Dr. Torp, das Land habe bisher für rund 190 Millionen € rund 50 Millionen Schnelltests für Schulen, Kindertagesstätten und Landesbehörden beschafft. Vorrangiges Ziel sei, ausreichend Testkapazitäten zur Verfügung zu stellen.

Zu [Umdruck 19/6927](#) (Bildungszentrum der Steuerverwaltung in Malente) teilt Ministerin Heihold die Kritik des Rechnungshofs an der Wirtschaftlichkeit der Sanierungsmaßnahme und kündigt an, bei künftigen Sanierungsvorhaben von vornherein realistischere Kostenberechnungen vorzunehmen.

Der Finanzausschuss nimmt die aufgeführten Umdrucke zur Kenntnis.

8. Verschiedenes

a) Staatssekretärin Dr. Torp bezieht sich auf die Antwort der GMSH auf Fragen des Finanzausschusses in der Sitzung am 21. Oktober 2021 ([Umdruck 19/6857](#), Frage 1): Die Bewirtschaftungskosten des Landes für Erstaufnahmeeinrichtungen hätten 2020 16,4 Millionen € betragen; darin enthalten sei ein Betrag von 3,1 Millionen € für die Abschiebehaftereinrichtung.

b) Abg. Raudies bittet die Landesregierung um einen aktuellen Bericht in Sachen Investitionskostenzuschüsse für Kindertageseinrichtungen.

c) Nächste Sitzungen:

- 20. Januar 2022, 10 Uhr (im Schleswig-Holstein-Saal)
- 27. Januar 2022, 13:30 Uhr (im Schleswig-Holstein-Saal)
- 3. Februar 2022, 10 Uhr (Anhörung, eventuell Videositzung)
- 10. Februar 2022, 10 Uhr (Plenarsaal)

Der Vorsitzende, Abg. Weber, schließt die Sitzung um 11:15 Uhr.

gez. Stefan Weber
Vorsitzender

gez. Ole Schmidt
Geschäfts- und Protokollführer